

**Beschluss 106/14 gemäß Nr. 5.1 der GO-AdV**  
**TOP 3.16 der 106. Tagung des Plenums der AdV**  
**Nutzerorientierung des Liegenschaftskatasters unter rechtlichen und medialen**  
**Aspekten**

Den Vermessungsverwaltungen der Länder wird empfohlen, ihre konzeptuellen Maßnahmen zur Nutzerorientierung des Liegenschaftskatasters nach den folgenden Leitsätzen auszurichten:

1. Das Liegenschaftskataster ist seinem Wesen und seinem Selbstverständnis nach ein öffentliches Grundstücksinformationssystem. Das Liegenschaftskataster wird konsequent in Richtung dieser Zweckbestimmung ausgebaut.
2. Die Informationen des Liegenschaftskatasters stehen grundsätzlich jedermann ohne Vorbedingungen zur Verfügung.
3. Alle für das Liegenschaftskataster relevanten datenschutzrechtlichen Aspekte werden spezialgesetzlich im Kataster- und Vermessungsrecht geregelt.
4. Alleinige Voraussetzung für den Zugang zu den personenbezogenen Daten im Liegenschaftskataster ist das berechtigte Interesse des Nutzers an den gewünschten Informationen. Als personenbezogen gelten nur Angaben zu natürlichen Personen.
5. Die geltenden Abrufnormen werden dahingehend liberalisiert, dass allen öffentlichen und privaten Interessenten die Teilnahme am Direktabrufverfahren offen steht.
6. Die Nutzung der Daten des Liegenschaftskatasters wird über jegliche multimediale Techniken ermöglicht.
7. Die Vervielfältigungs- und Weitergabevorbehalte zu Gunsten der Katasterbehörden werden in Anlehnung an die urheberrechtlichen Lizenzierungsregeln fortentwickelt.

**Begründung:**

Zu einer durchgreifenden Modernisierung des Liegenschaftskatasters bedarf es insbesondere einer Fortentwicklung der hergebrachten Regeln über die Benutzung. Der Modernisierungsansatz muss auch die geltenden datenschutzrechtlichen Normen und die Belange der sich entwickelnden Internetszene in Betracht ziehen.

Das Liegenschaftskataster ist vom Gesetzgeber verpflichtet, sich nach den Bedürfnissen von Recht, Verwaltung, Wirtschaft und Umwelt zu organisieren. Aus diesem Auftrag ergibt sich deutlich eine nach außen gerichtete Zweckbestimmung, die weit über die bloßen Interessen der im Liegenschaftskataster registrierten Grundstückseigentümer hinausreicht. Die Akzeptanz des Liegenschaftskatasters hängt zunehmend vom Nutzen ab, den andere Unternehmen, Behörden und Personen aus den Daten und Produkten des Liegenschaftskatasters ziehen. Es sind z. B. die Hypothekenbanken, die Bausparkassen, die Immobilienversicherer, die auf das Facilitymanagement fokussierten Unternehmen usw., die an die Verfügbarkeit neue Anforderungen stellen. Das Liegenschaftskataster muss deshalb unter rechtlichen und medialen Gesichtspunkten konsequent als ein öffentliches Informationssystem weiterentwickelt werden. Im Zuge dessen werden geltende rechtliche Vorbedingungen an den Status und an die Interessenlage des potenziellen Nutzers systematisch in Frage gestellt, auch wenn dies zu einer einschneidenden Neuorientierung gegenüber bisherigen Paradigmen führt.

Gleichwohl ist es im Hinblick auf einen Konsens mit den Datenschutzbeauftragten zweckmäßig, den Zugang zu den personenbezogenen Daten des Liegenschaftskatasters weiterhin daran zu binden, dass der Nutzer ein berechtigtes Interesse an diesen Informationen besitzt. Zum einen ist dieses Kriterium nach herrschender Rechtsprechung bereits dann erfüllt, wenn der potenzielle Nutzer ein durch die Sachlage plausibles Anliegen verfolgt. Zum anderen werden mit dieser Klausel die Bedingungen des allgemeinen Datenschutzrechtes dafür erfüllt, um die Informationen des Liegenschaftskatasters einschließlich seiner personenbezogenen Daten bei entsprechendem Nutzerprofil auch Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs per Direktabruf bzw. via Internet zur Verfügung stellen zu können. Eine einzelfallbezogene Prüfung des berechtigten Interesses ist nicht mehr zwingend.

Datenschutzrechtliche Bestimmungen in einem Fachgesetz gehen als *lex specialis* denen des allgemeinen Datenschutzgesetzes vor. Vor diesem Hintergrund sollten bei nächster Gelegenheit alle relevanten Datenschutzaspekte spezialgesetzlich im Kataster- und Vermessungsrecht geregelt werden, um dadurch unmittelbar im Fachrecht einen in sich vollständigen und für die Belange des Liegenschaftskatasters optimierten Normkomplex zum Datenschutz zu gewinnen.

Auch das Vervielfältigungs- und Weitergabemonopol der Katasterbehörden an den Katasterauszügen und die dazu bestehenden Ausnahmeregelungen bedürfen einer Neuregelung, die vor allem auch mit den analogen Bestimmungen des Urheberrechtsschutzgesetzes zum Copyright an Datenbanken harmonisiert ist.

Das Liegenschaftskataster muss in Zukunft für jedermann online verfügbar sein. Kurzfristig kann dieses Ziel dadurch verwirklicht werden, dass alle Interessenten und nicht nur die öffentlichen Stellen nach Maßgabe dezidierteter Nutzerprofile die Möglichkeit haben, am Direktabrufverfahren teilzunehmen. Mittelfristig muss sich auch das Liegenschaftskataster hinsichtlich Recherche und Vertrieb der Multimediaszene öffnen, um nicht von den in der Kommunikationstechnologie herrschenden Trends ausgeschlossen zu bleiben.

Zur Vertiefung dieser Aspekte und zur weiteren Begründung des Beschlussvorschlages hat der Arbeitskreis Liegenschaftskataster eine Konzeptstudie mit dem Titel "Nutzerorientierung des Liegenschaftskatasters unter rechtlichen und medialen Aspekten" erstellt. Sie ist diesem Beschluss als Anhang beigelegt.



**Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen  
der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV)**

---

**AdV-Konzept  
zur  
Nutzerorientierung des Liegenschaftskatasters  
unter  
rechtlichen und medialen Aspekten**

**Inhalt:**

<b>1</b>	<b>ZIEL DES KONZEPTS .....</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>AUSGANGSSITUATION .....</b>	<b>4</b>
2.1	Rechtsrahmen für das Liegenschaftskataster .....	4
2.2	Zweckbestimmung und Öffentlichkeit des Liegenschaftskatasters .....	4
2.2.1	Allgemeines zur derzeitigen Rechtslage: .....	4
2.2.2	Einzelaspekte zur derzeitigen Rechtslage: .....	5
2.2.3	Synopse .....	7
2.3	Datenschutzrechtliche Begleitmaterie .....	7
2.3.1	Informationelles Selbstbestimmungsrecht der dinglich Betroffenen .....	7
2.3.2	Verhältnis zwischen informationellem Selbstbestimmungsrecht und formellem Publizitätsprinzip des Liegenschaftskatasters .....	8
2.3.3	Relevanz der Datenschutzgesetze für die Datenverarbeitung im Liegenschaftskataster .....	9
<b>3</b>	<b>HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN .....</b>	<b>12</b>
3.1	Globale Empfehlungen .....	12
3.2	Inhaltliche Weiterentwicklung der einschlägigen Normen und ihre Harmonisierung mit den Belangen der IuK-Technologie .....	14
3.2.1	Welche Nutzung bedarf in Zukunft noch welcher Reglementierung? .....	14
3.2.2	Grad der Reglementierung zur Nutzung personenbezogener Daten .....	17
3.2.3	Abgrenzung der personenbezogenen Daten im Liegenschaftskataster .....	18
3.2.4	Legitimation für Online-Zugriff .....	18
3.2.5	Zustimmungsvorbehalt .....	19
3.2.6	Ermächtigungsgrundlagen .....	19
3.2.7	Unterrichtung der Betroffenen .....	20
3.2.8	Sperrern und Löschen .....	20
3.2.9	Erforderlichkeit und Zweckbindung .....	21
3.3	Anpassung des Liegenschaftskatasters an die Internet- und Intranettechnologie .....	22
3.3.1	Allgemeines .....	22
3.3.2	Einfluss des Gesetzes zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste und des Telekommunikationsgesetzes .....	24

## **1 Ziel des Konzepts**

Die Nutzerorientierung des Liegenschaftskatasters muss in rechtlicher, organisatorischer, funktionaler und technischer Hinsicht auf die Belange der Zukunft ausgerichtet werden. Technisch und funktional wird die Zukunftsfähigkeit durch die Einführung von ALKIS® gewährleistet.

Mit der Realisierung von ALKIS® muss eine Zukunftsausrichtung der rechtlichen Rahmenbedingungen unter Einbeziehung der Datenschutzmaterie, eine Öffnung des Liegenschaftskatasters für die multimedialen Kommunikationswege einhergehen. Die konventionellen Nutzungsformen, die eher auf den analogen Einzelauszug begrenzt und insofern datenschutzrechtlich wesentlich einfacher zu handhaben waren, verlieren gegenüber den multimedialen Optionen immer mehr an Bedeutung. Die daraus entstehenden Folgerungen für die Nutzerorientierung des Liegenschaftskatasters sind Schwerpunktthema der Studie.

Besondere Beachtung wird der Dialektik zwischen Öffentlichkeitsgrundsatz und Datenschutz gewidmet. Unter diesem Aspekt wird untersucht, ob und gegebenenfalls inwieweit das informationelle Selbstbestimmungsrecht direkt auf der Grundlage der Verfassung oder mittelbar über die Datenschutzmaterie den Öffentlichkeitsgrundsatz des Liegenschaftskatasters tangiert und welche strategischen und praktischen Konsequenzen sich daraus für die Führung und Nutzung der Katasterdaten ergeben. Wichtige Aspekte in diesem Zusammenhang sind, dass

- die heutige IuK-Technologie Datenbankkapazitäten für praktisch unbegrenzte Datenmengen zu den Liegenschaften und ebenso unbeschränkte Verknüpfungsfunktionalitäten bereitstellen kann,
- parallel dazu die Online-Technologie für jedermann die Möglichkeit eröffnet, auf diese Daten nach Umfang und Häufigkeit unbegrenzt zuzugreifen.

In diesem Kontext werden zunächst die Ist-Situation beleuchtet und Auslegungs- und Rechtsanwendungshilfen zum Fach- und Datenschutzrecht gegeben. Als Folgerung werden dann für die AdV-Mitgliedsverwaltungen konkrete Handlungsempfehlungen in Bezug auf

- die Neukonzeption der einschlägigen Normen und Verwaltungsvorschriften,
- deren bundesweite Vereinheitlichung und

- Auslegung und Anwendung der speziellen Telekommunikationsrechtsmaterie erarbeitet.

Sinn der Empfehlungen ist, das Liegenschaftskataster möglichst weitgehend auf die Belange des Geodatenmarktes auszurichten.

## **2 Ausgangssituation**

### **2.1 Rechtsrahmen für das Liegenschaftskataster**

Das Liegenschaftskataster gehört zur Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz der Bundesländer. Alle 16 Bundesländer haben Fachgesetze zur Einrichtung, Führung und Nutzung des Liegenschaftskatasters erlassen. Diese unterscheiden sich zwar erheblich im redaktionellen Aufbau und in den Regelungen über Zuständigkeit und Verwaltungsorganisation. Jedoch weisen alle Gesetze in Bezug auf

- die Inhalte,
- die strukturellen Bestandteile,
- die Zweckbestimmung des Liegenschaftskatasters und
- die Nutzungsbedingungen

im Wesentlichen einen gemeinsamen Kern auf. Der bestehende Harmonisierungsgrad beruht nicht zuletzt auf den nachhaltigen Anstrengungen der AdV, unbeschadet der förderativen Strukturen zumindest in den essenziellen Regelungsinhalten eine möglichst weit gehende Kongruenz der Fachgesetze zu erreichen.

### **2.2 Zweckbestimmung und Öffentlichkeit des Liegenschaftskatasters**

#### **2.2.1 Allgemeines zur derzeitigen Rechtslage:**

Das Liegenschaftskataster hat die Aufgabe,

- über den Bestand,
- über die Geometrie,
- über die Lage und Abgrenzung in der Örtlichkeit und
- über die beschreibenden Eigenschaften

von Liegenschaften möglichst umfassend Auskunft zu geben und auf der Grundlage dieser Daten bestimmte Dienstleistungen für Dritte bereitzustellen.

Das Liegenschaftskataster mit seinen Komponenten

- Liegenschaftsbuch
- Liegenschaftskarte
- Katasterzahlennachweis

ist insbesondere auf Grund des Status des Benutzers und des beabsichtigten Verwendungszwecks in unterschiedlichem Maße zugänglich.

Benutzung soll in dieser Studie als Oberbegriff für Einsicht, Auskunft, Auszüge und Vervielfältigung von Auszügen verstanden werden.

Grundsätzlich ist für die Benutzung ein **berechtigtes Interesse** erforderlich. Für andere öffentliche Stellen und bestimmte Aufgabenträger bestehen dazu Ausnahmen. Gemeinden, Landkreise und Finanzbehörden können die Daten des Liegenschaftskatasters ohne weiteres **zur Erfüllung ihrer Aufgaben** nutzen. Im kommunalen Bereich gilt das auch für die so genannten freiwilligen Aufgaben.

Notare, ÖbVI und sonstige öffentliche Stellen können die Daten des Liegenschaftskatasters ohne weiteres nutzen, **soweit das im Einzelfall** zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

Die Zugangsvoraussetzungen gelten zunächst für Daten aus dem Liegenschaftsbuch und der Liegenschaftskarte. Darüber hinaus ist der Zugang zum Katasterzahlennachweis wegen des zu seiner Interpretation erforderlichen Fachwissens meist zusätzlich von einer fachlichen Qualifikation des Benutzers abhängig.

Für besondere Benutzungsformen, insbesondere für die so genannte regelmäßige Datenübermittlung und für die Teilhabe am Direktabrufverfahren, werden in einigen Mitgliedsländern noch zusätzliche Zugangsvoraussetzungen gefordert.

## **2.2.2 Einzelaspekte zur derzeitigen Rechtslage:**

### **2.2.2.1 Berechtigtes Interesse:**

Berechtigtes Interesse ist ein öffentliches oder privates, verständiges, durch die Sachlage gerechtfertigtes Interesse. Damit hat zunächst jeder ein berechtigtes Interesse, der ein Recht am Grundstück hat.



Daneben können rein tatsächliche (z. B. wissenschaftliche, statistische, historische, wirtschaftliche), ideelle oder rein persönliche Interessen zur Benutzung berechtigen. Das berechtigte Interesse muss dargelegt bzw. glaubhaft gemacht werden. Das Darlegen erfordert den Vortrag von Tatsachen, die der Behörde überzeugende Anhaltspunkte für die Richtigkeit des Vorbringens geben. Die Glaubhaftmachung erfordert mehr, bleibt aber noch unterhalb der Schwelle des Beweises. Schriftliche Nachweise sind in beiden Fällen nur ausnahmsweise erforderlich. Wer unter Berufung auf ein öffentliches Interesse Einsicht begehrt, muss darlegen/glaubhaft machen, warum gerade er befugt ist, diese Interessen wahrzunehmen. Bei der Prüfung, ob ein berechtigtes Interesse vorliegt, müssen schutzwürdige Belange der Betroffenen dann einbezogen werden, wenn dieses Abwägungskriterium im Gesetz vorgegeben ist.

#### **2.2.2.2 Aufgabenerfüllung:**

Die Daten aus dem Liegenschaftskataster können für den Zweck verwendet werden, für den sie angefordert wurden. Eine Verwendung für weiter gehende Zwecke ist nur mit Genehmigung der abgebenden Katasterbehörde zulässig. D. h., im Antrag auf Nutzung ist auch ein Verwendungszweck anzugeben.

Bei Kommunen ist die Angabe des bestimmten Verwendungszwecks nicht erforderlich, da die zu übermittelnden Daten wegen der Einheit der Verwaltung für alle gemeinschaftlichen Aufgaben genutzt werden dürfen. Hiervon zu trennen ist aber die Abgabe von Daten an wirtschaftliche Unternehmen der Kommunen und die von ihnen vorgesehene Nutzung der Daten. Hierbei weist der Begriff „wirtschaftliche Unternehmen“ nicht auf eine bestimmte Rechtsform hin (z. B. Eigenbetriebe und Eigengesellschaften). Vielmehr ist hiermit eine bestimmte Form des Wirtschaftens gemeint. Maßgebendes Kriterium ist hier, dass die Aufgabenwahrnehmung durch die betreffenden Unternehmen in Form von Beiträgen, Abgaben, Benutzungsgebühren usw. und nicht aus dem allgemeinen kommunalen Haushalt finanziert wird.

#### **2.2.2.3 Vervielfältigung, Weitergabe**

Als Vervielfältigung ist die Wiedergabe des originalen Liegenschaftskatasterinhalts, z. B. durch Kopie, Fotografie, Mikrofilm, Nachdruck, Abschrift, Abzeichnung, Scannen, Digitalisieren und das Speichern auf Datenträgern definiert. Die Definition gilt unabhängig davon, ob der gesamte Inhalt des Originals oder nur einzelne Daten betroffen sind.

Grundsätzlich ist die Vervielfältigung von Auszügen und die Weitergabe der Vervielfältigungstücke an Dritte nur den Vermessungs- und Katasterbehörden erlaubt. Eine Vervielfältigung für eigene, nicht gewerbliche Zwecke ist zulässig (allgemeine zweckgebundene Vervielfältigungsbefugnis). Nur mit der Erlaubnis der Vermessungs- und Katasterbehörden dürfen Dritte Auszüge aus dem Liegenschaftskataster für weiter gehende Zwecke vervielfältigen.

#### **2.2.2.4 Zugang zum Katasterzahlennachweis:**

Nach derzeit geltender Rechtslage werden in den meisten AdV-Mitgliedsverwaltungen Angaben aus dem Katasterzahlennachweis (Vermessungsrisse, Grenzpunktkoordinaten u. dgl.) uneingeschränkt nur den Vermessungsstellen überlassen, die auch zur Ausführung von Katastervermessungen befugt sind, weil in den Fällen per se eine sachgerechte Verwendung sichergestellt ist.

Darüber hinausgehend können auch beratende Ingenieurinnen und Ingenieure der Fachrichtung Vermessungswesen solche Unterlagen zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, wenn sie den Verwendungszweck angeben und die Gewähr dafür bieten, dass die Daten sachgerecht und nicht für die Ausführung von Katastervermessungen eingesetzt werden. Das Gleiche gilt für behördliche Stellen und private Unternehmen mit vergleichbarer Qualifikation.

Für alle anderen Stellen ist der Katasterzahlennachweis als solches grundsätzlich nicht zugänglich. Das gilt auch für den betreffenden Eigentümer. Gleichwohl können ihm oder seinem Bevollmächtigten zweckgebunden selektierte Informationen, z. B. Grenzpunktkoordinaten, Grenzlängen, parallele Breiten, Grenzabstände, usw. zur Verfügung gestellt werden.

### **2.2.3 Synopse**

Eine Synopse der länderspezifischen Regeln zur Benutzung des Liegenschaftskatasters ergibt sich aus den Tabellen der Anlage 1a und 1b.

## **2.3 Datenschutzrechtliche Begleitmaterie**

### **2.3.1 Informationelles Selbstbestimmungsrecht der dinglich Betroffenen**

Dem formellen Öffentlichkeitsprinzip im Liegenschaftskataster steht auf der anderen Seite das informationelle Selbstbestimmungsrecht derjenigen natürlichen Personen gegenüber, die an einer Liegenschaft dinglich berechtigt oder verpflichtet sind.

Seit der Entscheidung zum Volkszählungsgesetz erkennt das Bundesverfassungsgericht das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Rahmen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts nach Art. 2 des GG an und stellt damit die personenbezogenen Daten unmittelbar in den Schutzbereich der Grundrechte. Inhalt des Rechts ist die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Wichtigste einfachgesetzliche Ausprägung sind die allgemeinen und bereichsspezifischen Datenschutznormen. Daneben ist der Schutz personenbezogener Daten in einigen Ländern auch noch in deren Verfassungen verankert. Diesen Bestimmungen kommt im Hinblick auf die Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zu Art. 2 GG (vgl. unten) jedoch nur deklaratorische Bedeutung zu.

### **2.3.2 Verhältnis zwischen informationellem Selbstbestimmungsrecht und formellem Publizitätsprinzip des Liegenschaftskatasters**

Das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Bürgers ist nach den Ausführungen des Bundesverfassungsgerichtes nicht schrankenlos gewährleistet. Insbesondere reicht es nicht so weit, dass es dem Bürger eine absolute Herrschaft über die ihn betreffenden Daten verleiht. Auch personenbezogene Daten stellen nach Auffassung des BVerfG ein Abbild der sozialen Realität dar, welches nicht ausschließlich der jeweils betroffenen Person zugeordnet werden kann. Der Einzelne muss daher gesetzliche Beschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung hinnehmen, wenn dies im höher-rangigen Interesse liegt. Diese Beschränkungen bedürfen allerdings einer gesetzlichen Grundlage, aus der sich die Voraussetzungen und der Umfang der Beschränkungen klar und für den Bürger erkennbar ergeben. Solche Einschränkungen sind zum Teil in den Datenschutzgesetzen selbst, jedoch hauptsächlich in bereichsspezifischen Normen festgesetzt. Die dortigen Einschränkungen müssen durch einen sachlichen Zweck gerechtfertigt sein. Die betreffende Behörde kann nicht ermächtigt werden, sensible Daten auf Vorrat und ohne Bindung an eine konkrete Nutzanwendung zu erheben.

Auch der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Grundsätze des BVerfG in seiner Rechtsprechung zur formellen Publizität des Grundbuches präzisiert. Da im Liegenschaftskataster ein ganz ähnliches Prinzip herrscht (so die Einschätzung u. a. des VG Hamburg), können die Leitsätze des BGH ohne weiteres auf das Liegenschaftskataster übertragen werden. Zusammenfassend ergibt sich danach folgende Einschätzung:

Das höherrangige Interesse an der Publizität liegt darin begründet, dass die Register die Aufgabe haben, über die dingliche und die rechtliche Situation an den Liegenschaften erschöpfend und zuverlässig Auskunft zu geben. Die dem Katasternachweis und der Grundbucheintragung zukommende materielle Publizität (§§ 891, 892 BGB) verlangt, dass beide Register in weitgehendem Maße der Einsicht durch die am Rechtsverkehr Teilnehmenden unterliegen. Dem steht kein Geheimhaltungsanspruch und kein Zustimmungsvorbehalt der in den Registern Eingetragenen gegenüber, es sei denn, solches wäre ausdrücklich normiert. Dem Recht der Betroffenen auf informationelle Selbstbestimmung wird abschließend dadurch Rechnung getragen, dass die Gesetze in der Regel ein berechtigtes Interesse des Nutzers voraussetzen.

Demnach muss das Vermessungsrecht an die potenziellen Nutzer keine besonders hohen Anforderungen stellen, um die Daten des Liegenschaftskatasters nutzen zu können. Das spiegelt sich in der Synopse von Anlage 1a und 1b wieder. Lediglich das Katasterzahlenwerk stellt hier eine Ausnahme dar, die aber nicht im Datenschutz begründet liegt, sondern den technisch unsachgemäßen Umgang mit diesen Daten verhindern soll.

Im Übrigen ist nach den meisten Vermessungsgesetzen das berechtigte Interesse lediglich darzulegen oder glaubhaft zu machen, um die Weitergabe der Daten an Dritte auch i. S. der Datenschutzbestimmungen zu legalisieren. Das gilt auch für den Zugang zu den personenbezogenen Daten des Liegenschaftskatasters. Hierzu lässt sich unter Berufung auf das BVerfG feststellen, dass diese spezialgesetzliche Erlaubnisnorm eine in sich abgeschlossene Verhaltensregel darstellt und daher grundsätzlich auch keiner weiteren restriktiven Auslegung auf Grund des informationellen Selbstbestimmungsrechts unterliegt.

### **2.3.3 Relevanz der Datenschutzgesetze für die Datenverarbeitung im Liegenschaftskataster**

#### **2.3.3.1 Vorrangigkeit bereichsspezifischer Datenschutznormen gegenüber dem allgemeinen Datenschutzrecht**

Das Bundesdatenschutzgesetz gilt grundsätzlich nur für alle behördlichen Stellen der Bundesverwaltung, alle bundesunmittelbaren Körperschaften bzw. Anstalten des ö. R. und für alle privaten Institutionen und Personen, die mit personenbezogenen Daten zu tun haben.

Folglich gilt das Bundesdatenschutzgesetz auch, wenn private Institutionen im Auftrag von Landesbehörden personenbezogene Daten weiterverarbeiten, es sei denn, die Auftragnehmer werden seitens des Auftraggebers vertraglich auf einen weiter gehenden Datenschutzstandard verpflichtet. Für Landesbehörden und für öffentlich beliehene Unternehmer des Landes (ÖbVI, Notare usw.) selbst gilt immer das jeweilige Landesdatenschutzgesetz.

Aus der Synopse in **Anlage 2** geht hervor, dass die meisten Landesdatenschutzgesetze Klauseln enthalten, wonach besondere Rechtsvorschriften über den Datenschutz bei der Verarbeitung personenbezogener Daten z. B. in einem Vermessungsgesetz (*lex specialis*) den entsprechenden Vorschriften des jeweiligen Landesdatenschutzgesetzes vorgehen. Im Übrigen ergibt sich diese Regel auch schon aus einem generellen Rechtsgrundsatz. Demnach tritt das allgemeinere Datenschutzgesetz immer dann zurück, wenn die oben genannten Operationen durch datenschutzrechtliche Bestimmungen im Fachrecht legalisiert bzw. reglementiert sind. Hierbei ist es unerheblich, ob die Reglementierung im Fachrecht graduell über den Standard des allgemeinen Datenschutzrechtes hinausgeht oder dahinter zurückbleibt. Es kommt nur darauf an, dass sich die reglementierten Themenkreise ihrem Wesen nach entsprechen bzw. dass im Fachrecht keine Regelungslücken bestehen.

#### **2.3.3.2 Personenbezogene Daten**

Globales Ziel der Datenschutzgesetze ist es, die Optionen der automatischen Datenverarbeitung dem Primat der staatlichen Gewaltenteilung unterzuordnen (informationelle Gewaltenteilung). Damit entwickelt sich der Zweck der Datenschutzgesetze insgesamt von einer bloßen Schutznorm zu einer Art Datenverkehrsordnung.

Konkretes Ziel der Datenschutzgesetze in den Ländern ist es, die Verarbeitung so genannter personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen in Ausformungen des informationellen Selbstbestimmungsrechtes so zu reglementieren, dass das Recht des Einzelnen, selbst über die Preisgabe und Verwendung der ihn betreffenden Informationen zu entscheiden, weitestgehend geschützt bleibt.

Um das Gesetz handhabbar zu machen, muss zuerst definiert sein, was unter personenbezogenen Daten zu verstehen ist.

Personenbezogene Daten sind Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbaren natürlichen Person.

Es ist bereits an anderer Stelle hinreichend untersucht worden und muss deshalb an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden, dass die Personenangaben im Liegenschaftskataster zu dieser Datenkategorie gehören und deshalb grundsätzlich den Regeln des Datenschutzrechtes unterliegen. Ebenso steht fest, dass anonyme Bestands- und Attributangaben sowie bloße Grafikdaten aus dem Liegenschaftskataster nicht dazugehören. Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus der Option, dass man mittelbar über Dateiverknüpfungen im Grundbuch oder im Liegenschaftskataster zu jeder anonymen Bestandsangabe auch die betreffende Person recherchieren kann, weil die für die Personenrecherche zusätzlich nötigen Informationen nicht frei verfügbar sind.

Die Anknüpfung an die natürliche Person schließt aus, dass die Landesdatenschutzgesetze für Verstorbene gelten. Daten Verstorbener werden höchstens dann vom Gesetz erfasst, wenn sie zugleich Informationen über lebende Personen enthalten.

#### **2.3.3.3 Legalisieren bzw. Spezifizieren der Datenverarbeitungsoperationen für das Liegenschaftskataster**

Formalrechtliche Voraussetzung für die Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten ist, dass entweder das betreffende Datenschutzgesetz oder eine andere bereichsspezifische Norm dies vorsieht oder voraussetzt.

In den Vermessungsgesetzen der Länder ist u. a. im Einzelnen aufgeführt, welche Daten über Eigentümer, Erbbauberechtigte oder sonstige Personen zum Inhalt des Liegenschaftskatasters gehören. Darüber hinaus ist bestimmt, dass die Daten des Liegenschaftskatasters in automatisierter Form geführt werden.

Somit sind die formalrechtlichen Voraussetzungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Vermessungsrecht der Länder erfüllt.

Sachliche Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten sind:

- Die Verarbeitung muss für die betreffende Stelle zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sein (Erforderlichkeit).
- Die Verarbeitung ist nur so weit zulässig, wie es dem Zweck der Datenerhebung und Speicherung entspricht (Zweckbindung).

Im Einzelnen werden unter Datenverarbeitung explizit oder implizit die folgenden Phasen verstanden:

- Erheben von Daten,

- Speichern, Erfassen, Aufnehmen, Aufbewahren von Daten zum Zweck der Weiterverwendung,
- Übermitteln der gespeicherten oder durch Weiterverwendung gewonnen Daten an Dritte,
- Bereitstellung der Daten für den Abruf,
- Sperren der Daten und
- Löschen und Unkenntlichmachen der Daten.

Die vergleichende Gegenüberstellung in Anlage 3 verdeutlicht, dass ein großer Teil der Datenverarbeitungsphasen durch Regelungen in den einschlägigen Vermessungsgesetzen und in so genannten Direktabrufverordnungen spezifiziert sind. Auf die Erforderlichkeit und die Zweckbindung der Datenverarbeitung gehen die meisten Vermessungsgesetze hingegen nicht spezifizierend ein.

#### **2.3.3.4 Weitere Bestimmungen der allgemeinen Datenschutzgesetze über Vorkehrungen und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen**

Das allgemeine Datenschutzrecht enthält in der Regel noch weitere Bestimmungen

- über die Rechte der Betroffenen hinsichtlich Sperren und Löschen,
- über die schriftliche Benachrichtigung der Betroffenen von Amts wegen, wenn über sie eine neue automatisierte Datei mit personenbezogenen Daten angelegt wurde,
- zur Wahrung des Datengeheimnisses innerhalb der Daten verarbeitenden Stelle,
- zu den notwendigen organisatorischen und technischen Sicherungsmaßnahmen gegen Datenmissbrauch.

Diese Bestimmungen haben in den meisten Vermessungsgesetzen kein inhaltliches Äquivalent. Daher greift insoweit das jeweilige Landesdatenschutzgesetz direkt in die Praxis der Katasterbehörden ein.

## **3 Handlungsempfehlungen**

### **3.1 Globale Empfehlungen**

Alle landesgesetzlichen Bestimmungen über das Liegenschaftskataster fordern, dass Daten und Dienstleistungen des Liegenschaftskatasters nach den Bedürfnissen von Recht, Verwaltung, Wirtschaft und Umwelt auszurichten sind.

Das Liegenschaftskataster ist daher kein Selbstzweck. Seine Akzeptanz hängt von dem Nutzen ab, den andere Stellen aus seinen Datenbeständen ziehen können. Das moderne Liegenschaftskataster muss sich deshalb ganz konsequent als ein weitestgehend frei zugängliches Informationssystem verstehen. Diese Maxime gilt unbeschadet diverser Beschränkungen im Detail.

Wegen der nach außen orientierten Zweckbestimmung ist das Liegenschaftskataster seinem Wesen nach auch in Bezug auf die personenbezogenen Angaben ein öffentliches Register. Das Liegenschaftskataster unterliegt wie das Grundbuch dem materiellen und dem formellen Publizitätsprinzip. Dieses ist durch die Rechtsprechung hinlänglich gefestigt. Stellvertretend für die gesamte einschlägige Rechtsprechung wird insoweit auf die Entscheidung des VGH Mannheim, Urteil vom 18. Juni 1980 - II 503/79 verwiesen. Der VGH Mannheim hatte zunächst in dem erwähnten Berufungsurteil den folgenden Leitsatz aufgestellt: „Die Zielrichtung des § 12 GBO geht auf Publizität und nicht auf irgendeinen Geheimschutz.“ Im Beschluss vom 23. Oktober 1980 - CB 62.80 über das Beschwerdeverfahren gegen die Nichtzulassung der Revision hat das Bundesverwaltungsgericht diese Feststellung wiederholt und somit bestätigt.

Wegen der Nachrangigkeit des allgemeinen Datenschutzgesetzes ist es zweckmäßig, den Datenschutz im Vermessungswesen dadurch operational zu machen, indem möglichst alle datenschutzrechtlichen Themenfelder im jeweiligen Vermessungsgesetz aufgegriffen, die relevanten Regelungen dort bereichsspezifisch modifiziert und somit für das öffentliche Vermessungswesen die Regelungen des allgemeinen Datenschutzgesetzes spezialgesetzlich optimiert werden.

**Fazit:** Alle Aktivitäten zur Nutzerorientierung des Liegenschaftskatasters sollten sich von dem Grundsatz leiten lassen, dass das Liegenschaftskataster ein öffentliches Register ist.

Es sollte ein in sich geschlossener und autarker datenschutzrechtlicher Normkomplex innerhalb des Katasterrechtes entstehen, weil solches in der Praxis auch zu Gunsten des Datenschutzes effizienter zu handhaben ist.

Bezüglich des Umgangs mit personenbezogenen Daten sollte in der Gesetzeslandschaft ein Paradigmawechsel dahingehend eintreten, dass auf der einen Seite die Verantwortung der Katasterbehörden abgebaut und dafür auf der anderen Seite die Verantwortung des jeweiligen Nutzers herausgehoben wird.



## **3.2 Inhaltliche Weiterentwicklung der einschlägigen Normen und ihre Harmonisierung mit den Belangen der IuK-Technologie**

### **3.2.1 Welche Nutzung bedarf in Zukunft noch welcher Reglementierung?**

#### **3.2.1.1 Subjektive Voraussetzungen des Nutzers**

Wer Daten des Liegenschaftskatasters nutzen will, muss nach derzeit überwiegend herrschender Rechtslage (vgl. Anlage 1a und 1b) ein auf den Einzelfall fokussiertes berechtigtes Interesse darlegen oder glaubhaft machen. Die Katasterbehörde muss ihrerseits in jedem Einzelfall und unabhängig von der Sensibilität der Daten ausschließen, dass diese zu unlauteren Zwecken oder aus bloßer Neugier angefordert werden. Ausnahmen gelten enumerativ nur für kommunale Gebietskörperschaften, Notare, ÖbVI und andere öffentliche Stellen. Eine solche Reglementierung ist nicht mehr zeitgemäß und insbesondere für die Online-Kommunikation zwischen Katasteramt und Nutzer unzumutbar.

#### **3.2.1.2 Katasterzahlennachweis:**

Der Zugang zu den Informationen des Katasterzahlenwerkes in Form von Auszügen sollte nicht länger ausschließlich den lizenzierten Vermessungsstellen, den beratenden Ingenieuren mit einem geodätischen Diplom und vergleichbaren Stellen vorbehalten sein, sondern grundsätzlich auch anderen Nutzern offen stehen. Entscheidend bleibt, dass der Antragsteller keine missbräuchliche Verwendung beabsichtigt. Das aber kann am ehesten ausgeschlossen werden, indem der Antragsteller, so wie bei allen anderen Daten auch, den Verwendungszweck offen legt. Ist dieser nicht offensichtlich missbräuchlich, sollten Auszüge aus dem Zahlenwerk auch an nicht einschlägig ausgebildete Personen erteilt werden können, sofern die gewünschten Unterlagen in sich nicht widersprüchlich oder so komplex sind, dass sie nur von Fachleuten zutreffend interpretiert werden können. Daher sollte dem Katasteramt künftig in solchen Situationen eine Ermessensentscheidung zustehen, die in jedem Einzelfall sachverständig zu treffen ist. Bei Datenlieferung wird der Nutzer nochmals formalisiert darauf hingewiesen, dass die Daten zweckgebunden sind und nicht für Katastervermessungen oder vergleichbare Gutachten eingesetzt werden dürfen. Im Übrigen ist schon immer für jedermann die Einsicht in den gesamten Katasterzahlennachweis nebst eigenhändigen Abschriften möglich.

### 3.2.1.3 Vervielfältigung von Auszügen und Weitergabe an Dritte:

Mit Ausnahme der Vervielfältigung für eigene nicht gewerbliche Zwecke ist den Primärerwerbern der Daten die Vervielfältigung von Datenauszügen aus dem Liegenschaftskataster und die Weitergabe der Vervielfältigungsstücke an Dritte untersagt. Diese hergebrachte Formel mag für analoge Auszüge noch weiterhin geeignet sein. Für die digitalen Katasterauszüge geht sie jedoch aus folgenden Gründen am gewünschten Regelungsziel vorbei.

Die meisten der geschäftlich orientierten Nutzer der Daten des Liegenschaftskatasters sind nicht gewerblich tätig, sondern üben einen so genannten freien Beruf aus. Dazu gehören z. B. die ÖbVI, die Notare, die Rechtsanwälte, die Architekten, die Inhaber von Ingenieurbüros usw. Mit ihren geschäftlichen Aktivitäten verfolgt diese Klientel des Liegenschaftskatasters aber genauso gewinnwirtschaftliche Ziele wie ein Gewerbebetrieb. Sie alle dürfen für ihre beruflichen Zwecke auf Grund der oben zitierten Regelungen völlig legal die Daten des Liegenschaftskatasters vervielfältigen und als Bestandteil einer eigenen Leistung weitergeben, da sie damit per definitionem keine gewerblichen Zwecke verfolgen. Es kommt hinzu, dass die öffentlichen Stellen bei Bund, Länder und Gemeinden unter Berufung auf diesen Passus die ihnen gelieferten digitalen Katasterdaten zur Ausstattung von Einzelplatzsystemen in beliebiger Stückzahl duplizieren oder eine beliebige Anzahl von Clients auf die Daten im Server zugreifen lassen können, ohne dass dafür erhöhte Lizenzen fällig werden. D. h., in diesen relativ häufig vorkommenden Fällen wird die Refinanzierungsgrundlage der Katasterbehörde regelmäßig durch eine unzweckmäßige gesetzliche Formel unterlaufen. Das Kriterium der „eigenen nicht gewerblichen Zwecke“ ist daher nicht länger als logische Ausnahme vom Vervielfältigungsmonopol der Katasterbehörde geeignet.

Auf der anderen Seite ist das Verfügungsrecht durch die oben zitierte Regelung wiederum so unflexibel, dass selbst die routinemäßige Weitergabe der Daten an einen Werkvertragsnehmer jedes Mal einer Ausnahmegenehmigung der obersten Fachbehörde bedarf, obgleich der Werkvertragsnehmer überhaupt keinen eigenen Nutzen aus den ihm zur Weiterbearbeitung überlassenen Daten zieht und ihm dies durch den Auftraggeber obendrein untersagt wird.

#### **3.2.1.4 Harmonisierung der Verbots- und Erlaubnisregelungen mit denjenigen im Urheberrechtsschutzgesetz für analoge Sachverhalte**

Die in Abschnitt 3.2.1.3 zitierten Verbots- und Erlaubnisregelungen sollten darüber hinaus mit den analogen Regelungen harmonisiert oder werden, die 1997 durch Artikel 7 des IuKDG zum Schutz von Datenbanken und deren Urheber in das Urheberrechtsschutzgesetz aufgenommen wurden. Beispielsweise können derzeit gleichartige Tatbestände des Vervielfältigens und Weitergebens von Datenbankauszügen (Datenbankwerke) nach dem Katasterrecht eindeutig verbotswidrig, nach § 55 a Urheberrechtsschutzgesetz aber durchaus erlaubt sein. Darüber hinaus ist auch § 87 a Urheberrechtsschutzgesetz nicht kongruent zum Fachrecht. Nach Letzterem ist einem Katasterkunden das Vervielfältigen und Weitergeben von Katasterdaten, die selektiv Bestandteil seiner nach eigenem Design aufgebauten Datenbank geworden sind, eindeutig untersagt. Nach Urheberrechtsschutzgesetz hingegen ist diese Datenbank ein neues, und somit selbst ein urheberrechtlich geschütztes Werk geworden, welches sein Inhaber ohne Rücksicht auf die Herkunft einzelner Quelldaten selbst wieder kommerziell nutzen kann.

Es handelt sich zwar bei beiden Gesetzen um unterschiedliche Rechtskreise, gleichwohl empfiehlt es sich, solche Diskrepanzen bei nächster Gelegenheit durch Anpassungen im Katasterrecht zu beseitigen oder dann, wenn eine Verschärfung sachlich tatsächlich gerechtfertigt ist, diese Verschärfung für den Nutzer deutlicher als bisher im Fachrecht zu artikulieren.

#### **Fazit:**

Es sollte in Zukunft die Nutzung der nicht personenbezogenen Daten aus ALB und ALK bzw. ALKIS® jedermann und nicht nur bestimmten öffentlichen Stellen bedingungsfrei offen stehen. D. h., in Zukunft sollte grundsätzlich nur noch der Zugang zu den personenbezogenen Daten im Liegenschaftskataster reglementiert sein.

Der Zugang zu Angaben aus dem Katasterzahlenwerk ist grundsätzlich nicht mehr an eine ingenieurmäßige Qualifikation des Antragstellers gebunden.

Das Vervielfältigungs- und Weitergabemonopol der Katasterbehörden an den Katasterauszügen und die dazu geltenden Ausnahmeregelungen bedürfen einer praxiskonformen Neuregelung.

Sie muss bewirken, dass in Zukunft jegliche kommerziell ausgerichtete Datenvervielfältigung mit einem entsprechenden Entgelt belegt werden kann, sie muss ein vereinfachtes Weitergabeprozedere für die temporäre Datenabgabe an bloße Subunternehmer

erlauben und sie muss zur besseren Orientierung der Nutzer zu einer Harmonisierung mit den analogen Regelungen im Urheberrechtsschutzgesetz führen.

### **3.2.2 Grad der Reglementierung zur Nutzung personenbezogener Daten**

Die allgemeinen Datenschutznormen regeln die Materie im Wesentlichen mit unbestimmten Rechtsbegriffen (vgl. Abschnitt 2.3). Das eröffnet einerseits Handlungsspielräume. Andererseits müssen diese Begriffe in jedem Einzelfall zutreffend ausgelegt werden, wobei die daraus resultierende Entscheidung der Behörde gerichtlich nachprüfbar ist. Es ist daher für die Praxis unzweckmäßig, wenn die Nutzung des Liegenschaftskatasters spezialgesetzlich von noch komplizierteren Kriterien abhängig zu machen, als sie das allgemeine Datenschutzrecht ohnehin schon enthält. Problematisch wird es z. B., wenn nachstehende Rechtsbegriffe kumulierend vorkommen:

- berechtigtes Interesse glaubhaft machen,
- keine schützenswerten privaten Belange entgegenstehen,
- keine schutzwürdigen Interessen der Betroffenen an der Geheimhaltung ihrer personenbezogenen Daten entgegenstehen,
- keine Interessen des öffentlichen Wohls entgegenstehen,
- keine öffentlichen Belange entgegenstehen und
- keine Verwendung zu unlauteren Zwecken entgegensteht.

Ebenso unzweckmäßig sind die Gesetze, die mit ihren Reglementierungen sehr ins Kleinste gehen und damit der Verwaltung jegliche Flexibilität nehmen. Solche Normen sollten ebenso novelliert werden.

Das Kriterium des berechtigten Interesses deckt alle Belange des Datenschutzes ausreichend ab. Ein zusätzliches Abwägen mit entgegenstehenden schutzwürdigen Interessen des Eigentümers bzw. mit entgegenstehenden Interessen des öffentlichen Wohls oder dgl. ist nicht erforderlich. Dahinter steht das Argument, dass zum einen die im Liegenschaftskataster geführten personenbezogenen Daten im Vergleich zu den personenbezogenen Daten des Grundbuchs so unsensibel sind, dass noch niedrigere Datenschutzkriterien als die in § 12 GBO gerechtfertigt sind und dass zum anderen § 86 a GBV vielen privaten Nutzergruppen selbst für den Massenzugang zu den wesentlich sensibleren Daten des Grundbuchs auch nur ein berechtigtes Interesse abverlangt.

**Fazit:** Es ist zweckmäßig, den Zugang zu den personenbezogenen Daten des Liegenschaftskatasters weiterhin daran zu binden, dass der Nutzer ein berechtigtes Interesse an

diesen Informationen besitzt. Zum einen ist dieses Kriterium nach herrschender Rechtsprechung materiell bereits dann erfüllt, wenn der potenzielle Nutzer ein durch die Sachlage plausibles Anliegen verfolgt. Zum anderen werden mit dieser Klausel alle Bedingungen des allgemeinen Datenschutzrechtes dafür erfüllt, um die Informationen des Liegenschaftskatasters einschließlich seiner personenbezogenen Daten auch Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs per Direktabruf bzw. via Internet zur Verfügung stellen zu können.

### **3.2.3 Abgrenzung der personenbezogenen Daten im Liegenschaftskataster**

In einigen Bundesländern ist im Vergleich zur überwiegenden Sichtweise, wie sie in Abschnitt 2.3.3.2 wiedergegeben ist, ein erweitertes Verständnis bezüglich der Personenbezogenheit von Daten zu beobachten. Hier werden bereits solche Daten, über die indirekt durch Zuordnung zu einer Kennnummer oder zu sonstigen spezifischen Elementen die dahinter stehende Person identifiziert werden kann (Artikel 2), als personenbezogen eingestuft. Dabei kommt es im Gegensatz zum bestehenden Datenschutzrecht nicht darauf an, ob die betreffenden Zuordnungs- oder Verknüpfungsdaten frei zugänglich sind. Auch anonyme Flurstückskennzeichen, Grundstückskennzeichen usw. werden hier deswegen als personenbezogene Daten zu gelten haben. Das müsste noch näher geprüft werden.

**Fazit:** Um auch hier für das Handling der Katasterdaten eindeutige Tatbestände zu schaffen, müsste spezialgesetzlich klargestellt werden, dass im Bereich des Liegenschaftskatasters nur die direkten Angaben zu den natürlichen Personen als personenbezogen gelten.

### **3.2.4 Legitimation für Online-Zugriff**

Die Datenschutzgesetze setzen überwiegend unterschiedliche Kriterien, je nachdem, ob die Daten innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Bereichs übermittelt werden. Diese Unterscheidung gilt grundsätzlich auch für das automatisierte Abrufverfahren. Dies hat manche Länder mit Rücksicht auf die personenbezogenen Daten im Liegenschaftskataster dazu veranlasst, den Direktabruf von vornherein nur Stellen des öffentlichen Bereichs zu ermöglichen (vgl. Anlage 4). Diese Restriktion ist in Zukunft nicht mehr gerechtfertigt und schränkt den Nutzen des Liegenschaftskatasters für Dritte im privaten Bereich unnötig ein.

**Fazit:** Es ist zweckmäßig, grundsätzlich alle potenzielle Nutzer aus Recht, Verwaltung und Wirtschaft (vgl. Zweckbestimmung des Liegenschaftskatasters in den Fachgesetzen) für den Online-Zugriff zu legitimieren, wobei die Legitimation allerdings nicht per se wirksam ist, sondern einer individuellen Genehmigung vorbehalten bleibt.

Man sollte auch in den Bestimmungen, die das Online-Verfahren im Liegenschaftskataster näher definieren, die Anwender je nach ihrem Nutzerprofil (berechtigtem Interesse) differenzierend für einen Direktzugriff legitimieren. Eine zusätzliche einzelfallbezogene Prüfung des berechtigten Interesses ist dann nicht mehr erforderlich. Für die Teilnahme am Direktabrufverfahren sollten auch keine strengeren Kriterien als die in § 133 GBO, §§ 80 ff GBV und § 86 a GBV vorgeschrieben werden.

### 3.2.5 Zustimmungsvorbehalt

Für die Teilnahme privater Stellen am Direktabrufverfahren kann andererseits § 133 Abs. 4 Satz 3 GBO -Zustimmungsvorbehalt seitens der Betroffenen- deshalb kein Maßstab sein, weil die personenbezogenen Daten des Liegenschaftskatasters in ihrer Sensibilität nicht mit denen aus den Abteilungen II und III des Grundbuchs vergleichbar sind.

**Fazit:** Die Nutzung des Liegenschaftskatasters per Direktabruf sollte daher auch den privaten Stellen weitestgehend eingeräumt sein, ohne dass dazu die ausdrückliche Zustimmung der betreffenden Eigentümer oder Rechtsinhaber notwendig ist. Um die Differenzierung in unterschiedliche Nutzerprofile praktisch umzusetzen, bedarf es entsprechender sicherheitstechnischer Installationen.

### 3.2.6 Ermächtigungsgrundlagen

Die Ermächtigungsgrundlagen in den Vermessungsgesetzen bzw. die zugehörigen Datenabrufverordnungen sind noch nicht optimal auf die Internet- bzw. Intranettechnologie abgestimmt. Es ist angesichts der technischen Entwicklung zweifelhaft, ob auch in Zukunft noch jede einzelne Online-Kommunikation und jede einzelne Datenart, die übermittelt werden soll, per Rechtsverordnung oder gar per Fachgesetz legalisiert werden muss, so wie es derzeit überwiegend im allgemeinen Datenschutzrecht gefordert ist.

**Fazit:** Die einschlägigen Normen sollten bei Gelegenheit so universalisiert werden, dass alle für die Zukunft absehbaren technischen und medialen Zugriffsvarianten - ggf. unter Auflagen, Bedingungen und Nutzerprofilen - legalisierbar sind. Dabei erscheint

es zweckmäßig zu sein, einerseits die entscheidenden datenschutzrechtlichen Kriterien direkt im Gesetz zu verankern, andererseits die Entscheidung über die Teilnahme einer bestimmten Stelle am Abrufverfahren der betreffenden Verwaltung per Verwaltungsakt zu überlassen.

### 3.2.7 Unterrichtung der Betroffenen

In einigen Datenschutzgesetzen ist bestimmt, dass die Betroffenen das Recht auf eine schriftliche Benachrichtigung von Amts wegen haben, wenn über sie personenbezogene Daten in einer automatisierten Datei geführt werden. Das würde bedeuten, jeder im Liegenschaftskataster geführten Person müsste unaufgefordert ein Auszug aller über sie im ALB bzw. ALKIS® gespeicherten Daten übersandt werden.

**Fazit:** Um diesen Aufwand zu vermeiden, sollte dieses Prozedere spezialgesetzlich auf die ohnehin in den Vermessungsgesetzen verankerten Änderungsmitteilungen reduziert werden. Ein anderer Weg wäre, direkt auf eine Abschaffung der Benachrichtigungspflicht in den Datenschutzgesetzen in den Fällen hinzuwirken, in denen die Verarbeitung der betreffenden Daten durch Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist. Das betrifft dann auch die personenbezogenen Daten des Liegenschaftskatasters.

### 3.2.8 Sperren und Löschen

Die Betroffenen können personenbezogene Daten sperren lassen, deren Richtigkeit sie bestreiten. Weil es hierzu in keinem Vermessungsgesetz eine ersetzende Norm gibt, wäre dieser Anspruch im Liegenschaftskataster sicher eine latente Streitursache. Nicht überzeugen kann in dem Zusammenhang das Argument, die betreffende Regel des Datenschutzgesetzes würde aus systematischen Gründen im Liegenschaftskataster ohnehin nicht Platz greifen. Das Gegenteil ist wohl eher richtig, denn das hier in Betracht kommende Publizitätsprinzip ist jedenfalls seinem Wesen nach keine datenschutzrechtliche Spezialnorm, welche der allgemeineren Norm des Datenschutzrechtes, nämlich dem Recht auf Sperrung personenbezogener Daten, vorgehen könnte. Die Betroffenen können die Daten auch löschen lassen, deren Kenntnis für die speichernde Stelle nicht mehr zur Aufgabenerfüllung notwendig ist. Auch diese Norm bedarf einer präzisen spezialgesetzlichen Ausgestaltung.

**Fazit:** Um hier gerichtsfest praxiswidrige Konsequenzen zu vermeiden, sollte das Thema „Löschen und Sperren“ bei nächster Gelegenheit spezialgesetzlich aufgegriffen werden.

### 3.2.9 Erforderlichkeit und Zweckbindung

Nach den allgemeinen Datenschutznormen dürfen in den einzelnen Verwaltungsbereichen nur die personenbezogenen Daten verarbeitet werden, die im jeweiligen Fachgesetz als Datentyp zum Bestandteil der betreffenden Fachdatensammlung erklärt sind.

**Fazit:** Alle Eigentümerdaten, die im Liegenschaftskataster geführt werden sollen, müssten - soweit noch nicht geschehen - im betreffenden Vermessungsgesetz einzeln aufgezählt werden.

Die bisherige Archivierungspraxis und der interne Umgang mit den personenbezogenen Daten müsste aus folgenden Erwägungen überprüft werden.

Personenbezogene Daten in den sonstigen Unterlagen des Liegenschaftskatasters werden überwiegend nach pauschalierten Zeitvorgaben archiviert. Das ist unter den oben genannten Kriterien dann angreifbar, wenn die Pauschalierung nicht zweckorientiert definiert ist. Deshalb sollten die Archivierungsfristen für diese Daten enger an einem möglichen Wiederverwendungszweck orientiert werden. Das müssten je nach Art der Unterlage unterschiedliche Zeiträume sein. Länderübergreifende Empfehlungen lassen sich hier nicht geben. Unter dem genannten Kriterium ist es beispielsweise gerechtfertigt, Niederschriften über Grenztermine, in denen u. a. Name, Anschrift und Erklärungen von Beteiligten aufgeführt sind, unbefristet zu archivieren, weil solche Urkunden auch noch in weiter Zukunft zur Sachverhaltsermittlung dienen können. Ist hingegen ein Wiederverwendungszweck nicht vorhersehbar oder hat er sich erledigt, sollten die sensiblen Unterlagen vernichtet werden.

**Fazit:** In ALKIS<sup>o</sup> ist die Speicherung historischer Personenangaben angedacht. Das ist mangels Aufgabenzuweisung in den Vermessungsgesetzen bislang datenschutzrechtlich nicht ausreichend legitimiert.

Das in den Datenschutzgesetzen geforderte innerbetriebliche Datengeheimnis ist stärker zu beachten. Damit ist gemeint und vom Datenschutz gewollt, dass personenbezogene Daten innerhalb einer Vermessungsbehörde zu keinem anderen Zweck als zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung ausgewertet und genutzt werden dürfen. So muss beispielsweise unterbunden werden, dass ein Katasteramt Name und Adressen von Eigentümern, die ihm aus Anträgen von ÖbVI auf Vermessungsunterlagen bekannt geworden sind, für Akquisitionszwecke zu Gunsten des eigenen Auftragsbestandes nutzt.



**Fazit:** Den Zulässigkeitskriterien „Erforderlichkeit“ und „Zweckbindung“ sollte in den Katastereinrichtungs-, Archivierungs- und Benutzungsbestimmungen pointierter Rechnung getragen werden.

### **3.3 Anpassung des Liegenschaftskatasters an die Internet- und Intranettechnologie**

#### **3.3.1 Allgemeines**

##### **3.3.1.1 Auswirkungen der Internetentwicklung**

Spätestens mit der Realisierung von ALKIS® muss auch eine Internetinfrastruktur aufgebaut werden. Das gilt auch für den Zugang zu den Grafikdaten des Liegenschaftskatasters.

Eine Vertiefung der technischen Infrastruktur für den Online-Transfer und den E-commerce steht nicht im Zentrum dieser Studie. Der technische Datenschutz wird angeschnitten, soweit er zur Umsetzung der rechtlichen Auflagen dient.

Auch die Online-Ambitionen des Liegenschaftskatasters werden im Bewusstsein der Bevölkerung vom allgemeinen Trend zur Informationsgesellschaft befördert. Die umfassende Verfügbarkeit von Informationen und Wissen genießt Akzeptanz. Auf der anderen Seite haben nur die Profis eine dezidierte Vorstellung von den Gefahren der virtuellen Welt. Der Laie hat überwiegend den Eindruck, dass das Internet vorwiegend im rechtsfreien Raum stattfindet. Zunächst ist richtig, dass die hergebrachten Datenschutznormen die neuen Kommunikationstechnologien nicht abdecken. Auch der technische Datenschutz hat Mühe, der Internettechnologie zu folgen.

##### **3.3.1.2 Wo liegen die datenschutzrechtlichen Probleme?**

Multimedia bringt eine neue Qualität, weil der Bürger selbst seine Daten bewusst oder unbewusst öffentlich macht.

- Datenstraßen sind dem Anwender nicht bekannt,
- Daten können unterwegs anonym und unkontrolliert abgegriffen werden,
- Ausspähen von internen Netzen,
- Einschleusen von Viren,
- Auswertung von Datenspuren möglich,
- Auswertung von E-Mail mit so genannten Schnüfflerprogrammen.

Zu den Sicherheitsmaßnahmen:

- Jeder Nutzer muss selbst für Schutz sorgen.
- Konflikt zwischen Nutzungsgrad und Sicherheit muss individuell gelöst werden.
- Standard: Firewall-Technologie.

### 3.3.1.3 Überblick

In Reaktion darauf ist eine neue Rechtsmaterie entstanden, die dieser Problematik gezielt Rechnung trägt. Sie ist nach überwiegender Meinung der Rechtsexperten auch für die Internetambitionen des Liegenschaftskatasters relevant.

Wenn das Liegenschaftskataster seine Informationen via Internet anbietet, bedient es sich so genannter Telekommunikationseinrichtungen i. S. des *Telekommunikationsgesetzes (TKG)* vom 25. Juli 1996, *BGBI. I S. 3108*.

ALKIS®-Daten in elektronisch abfragbaren Datenbanken mit interaktivem Zugriff und unmittelbarer Bestellmöglichkeit anzubieten, ist zudem eine Form des Teledienstes i. S. des *Artikelgesetzes zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste* vom 22. Juli 1997, *BGBI I, Seite 1870*. Kernelemente dieses Artikelgesetzes sind

- das Teledienstegesetz - TDG (Artikel 1),
- das Teledienstschutzgesetz - TDDSG. (Artikel 2),
- das Signaturgesetz - SigG (Artikel 3).

Ziel der Normen ist,

- eine rechtliche Grundlage für Multimedia zu schaffen,
- einen Ausgleich zwischen freiem Wettbewerb, berechtigten Nutzerinteressen und dem öffentlichen Ordnungsinteresse herzustellen,
- dem Jugend-, dem Verbraucher- und dem Urheberrechtsschutz Rechnung zu tragen.

Die jetzt geltende Normlandschaft ist das Ergebnis eines Kompetenzkompromisses zwischen dem Bund und den Ländern. Die oben erwähnten Gesetze sind Bundesrecht. Für die Ländermediendienste gilt hingegen der Mediendienstestaatsvertrag - MDSV.

### 3.3.1.4 Zusammenhänge

Das gesamte relevante Normengefüge gliedert sich in drei Ebenen.

Die erste Ebene wird durch das TKG gebildet. Es stellt das rechtliche Fundament für die technische Seite der Telekommunikation dar. Es regelt das Recht der Netze, in denen z. B. im Rahmen der Katasternutzung Bestands-, Verbindungs- und Abrechnungsdaten transferiert werden. Das TKG hat keine Bedeutung für den materiellen Inhalt der Transferdaten.

Das IuKDG und der Medienstaatsvertrag bilden den rechtlichen Rahmen für die Tele- bzw. die Mediendienste selbst.

Erst die dritte Ebene wird durch das Recht zu den eigentlichen Nachrichteninhalten gebildet. Es sind hier das einschlägige Kataster- und Datenschutzrecht.

Tele- und die Mediendienste können nach folgenden Kriterien abgegrenzt werden. Unter Telediensten versteht man diejenigen IuK-Dienste, die im Rahmen einer individuellen Nutzung in Anspruch genommen werden (so genannte Individualkommunikation oder Kommunikation von Punkt zu Punkt). Beispiele sind der Datenaustausch zwischen Datenbanken, die Telearbeit, Telematik, E-commerce, Homepages usw.

Als Mediendienste gelten die IuK-Dienste, die an die Allgemeinheit gerichtet sind. Beispiele sind permanenter RDS-Service, Pay-TV, Videotext, elektronische Presse.

### **3.3.2 Einfluss des Gesetzes zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste und des Telekommunikationsgesetzes**

#### **3.3.2.1 Telekommunikationsgesetz**

Das TKG regelt das Betreiben von TK-Anlagen. Das sind alle technischen Einrichtungen, die zum TK-Betrieb notwendig sind. Es gehören dazu die Endeinrichtungen, die Übertragungswege, die Vermittlungseinrichtungen usw. Teil des Regelungskomplexes im TKG sind die Datenschutzverpflichtungen der TK-Einrichtungsbetreiber und die technischen Schutzeinrichtungen gegen äußere Angriffe und Eingriffe in die Systeme. Betreiber können auch private Institutionen sein (Telekom, Acor, ViagInterkom, lokale Netzbetreiber usw.). TK-Dienste sind die Dienste, die mit dem Bereitstellen von Übertragungsinfrastruktur zusammenhängen.

§ 3 Nr. 5: Nachhaltiges Angebot mit oder ohne Gewinnabsichten ist geschäftsmäßiges Erbringen von TK-Diensten im Sinne des TKG. Internet- und Intranetprovider erfüllen diese Definition.

§ 87: Wer TK-Anlagen für TK-Dienste betreibt, hat Vorkehrungen zum Schutz von personenbezogenen Daten zu treffen. Das gilt für die personenbezogenen Daten der Netzbenutzer und die personenbezogenen Daten innerhalb der über das Netz transferierten Fachinformationen.

Noch § 87: Wer TK-Anlagen betreibt, hat auch Maßnahmen gegen unerlaubte Zugriffe, gegen Störungen und gegen äußere Angriffe zu treffen. Das ist die Hauptrechtsgrundlage für den so genannten technischen Systemschutz.

§ 89: Die Bundesregierung erlässt für Unternehmen, die geschäftsmäßig TK-Dienste betreiben, in Form einer Rechtsverordnung Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten der an der Telekommunikation Beteiligten. Diese Rechtsverordnung ist derzeit noch nicht erlassen. Sie wird zur gegebenen Zeit die derzeit geltende Telekommunikationsdienstunternehmen-Datenschutzverordnung (TDSV) vom 12. Juli 1996, BGBl. I S. 982, ablösen, die seinerzeit auf eine Ermächtigung in § 10 des Gesetzes über die Regulierung der Telekommunikation und des Postwesens zurückgeht. Diese Ermächtigungsgrundlage ist im Übrigen seit 31. Dezember 1997 aufgehoben.

Die künftige RVO ist auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verpflichtet. D. h., es werden nur die unbedingt notwendigen Beschränkungen für die Erhebung, Verarbeitung usw. von Netzkunden zu erwarten sein. Das Anlegen von Kundendateien wird nur befristet erlaubt sein. Kundendaten dürfen auch nur insoweit verarbeitet werden, wie es für die betriebliche Abwicklung des TK-Anbieters unbedingt notwendig ist. Das gilt z. B. im hier interessierenden Zusammenhang für die Daten von ÖbVI oder Notaren, die via Internet auf ALKIS®-Daten zugreifen werden.

Auf der anderen Seite muss denjenigen, die ihre Produkte über TK-Anbieter vertreiben wollen, bewusst sein, dass Daten von Netzkunden auf Anforderung an den Verfassungsschutz, den BND usw. abgegeben werden müssen. Kundendaten dürfen auch zu Werbezwecken genutzt werden, wenn der Kunde nicht ausdrücklich widerspricht. Der Kunde ist allerdings vorher zu informieren.

Zu den technischen Schutzvorkehrungen gegen Angriffe und Eingriffe in das System gibt es zahlreiche Empfehlungspapiere. Beispielhaft ist auf die Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnologie mit dem Titel "Sicherheitsanforderungen an Internet-Firewalls" zu verweisen. Das Papier wurde im März 1996 herausgegeben. Weiter ist auf eine „Orientierungshilfe zu Datenschutzfragen des Anschlusses von Netzen der öffentlichen Verwaltung an das Internet“ zu verweisen. Die-

ses Papier wurde im September 1998 vom Arbeitskreis Technik der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder erarbeitet. Es ist hier als **Anlage 5** beigelegt.

**Fazit:** Die Vorschriften des TKG sind für das Liegenschaftskataster zwar nur mittelbar relevant, weil die Katasterbehörden nicht für den Internet/Intranet-Anlagenbetrieb verantwortlich sind. Gleichwohl sollten die Regelungsinhalte der kommenden RVO und die daraus für die Betreiber resultierenden technischen Maßnahmen den Behörden geläufig sein, um potenzielle Online-Nutzer des Liegenschaftskatasters über die Gesamtheit der Datenschutzvorkehrungen informieren und beraten zu können.

### **3.3.2.2 Teledienstegesetz (TDG)**

Das TDG ist eher ein Erlaubnis-, denn ein Reglementierungsgesetz. Es gilt für die eigentlichen elektronischen Kommunikations- und Informationsdienste, die für die individuelle Nutzung von kombinierten Daten bestimmt sind und denen eine Übermittlung via TK zu Grunde liegt. Darunter fällt u. a. das Angebot zur Datennutzung via Internet oder Intranet, das Angebot von Waren und Dienstleistungen in elektronisch abrufbaren Datenbanken mit interaktivem Zugriff und unmittelbarer Bestellmöglichkeit.

Kernelemente sind:

- Teledienste sind im Rahmen der Gesetze zulassungs- und anmeldefrei.
- Der Anbieter ist für seine in das Netz eingestellten Daten- und Dienstleistungsinhalte verantwortlich.
- Der Anbieter ist für fremde Inhalte, die er auch zur Nutzung bereithält, dann verantwortlich, wenn sie davon Kenntnis haben und wenn es ihnen technisch möglich wäre, deren Mitverbreitung zu verhindern.
- Rechtswidrige Inhalte müssen gesperrt werden.

**Fazit:** Das TDG ist für Online-Verbindungen zu Nutzern des Liegenschaftskatasters bzw. für die E-commerce Architekturen in den Vermessungsverwaltungen insoweit unmittelbar relevant, als es die Generalerlaubnis dafür darstellt, dass die Daten des Liegenschaftskatasters überhaupt via TK-Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden können. Insofern ist dieses Gesetz immer dann als Rechtfertigungsgrundlage wesentlich und hilfreich, wenn z. B. Eigentümer, Rechtsinhaber usw. dagegen intervenieren, dass ihre personenbezogenen Daten überhaupt und obendrein ohne ihre Zustimmung über ein solches Medium zugänglich gemacht werden.

### 3.3.2.3 Teledienstdatenschutzgesetz (TDDSchG)

Das TDDSchG ist die Rechtsgrundlage für den Schutz personenbezogener Daten, der Kunden, die die angebotenen Teledienste in Anspruch nehmen. Es betrifft die Kundendaten, die in der E-commerce Verfahrenslösung des Liegenschaftskatasters verwaltet werden. Das sind i. d. R. die gleichen Personen, deren Daten auch schon vom TKG geschützt sind. Verantwortlich für den Datenschutz auf dieser Ebene ist jedoch die Katasterbehörde, die E-commerce betreibt und nicht mehr der Netzprovider. Das TDG ist insoweit Spezialvorschrift gegenüber dem allgemeinen Datenschutzrecht und den datenschutzrechtlichen Regeln im Katasterrecht. Das TDDSchG enthält in den §§ 4 und 5 eine Reihe spezieller datenschutzrechtlicher Pflichten für den Diensteanbieter, die auch für die Katasterbehörden gelten, wenn sie sich dieser Medien bedienen.

Pflichten des Teledienstbetreibers:

- Der Nutzer von E-commerce muss gefragt werden, ob seine Daten im Rahmen der Kundenverwaltung verarbeitet werden dürfen.
- Die Einwilligung kann auch elektronisch erklärt werden.
- Der Anbieter muss Inanspruchnahme auch anonym ermöglichen, soweit technisch möglich.
- Der Anbieter muss sicherstellen, dass der Kunde die Möglichkeit hat, die Verbindung jederzeit abubrechen.
- Personenbezogene Daten sind nach Abwicklung des Bestellvorgangs oder des Zugriffs zu löschen.

Dritte dürfen von der Nutzung keine Kenntnis erhalten. Das gilt z. B. für den betreffenden Grundstückseigentümer, wenn ein anderer berechtigter Interessent Daten zu seinem Objekt oder seiner Person über das Netz aus dem Liegenschaftskataster anfordert bzw. auf dem gleichen Wege erhält.

**Fazit:** Die Katasterbehörde muss im Rahmen der Implementierung solcher Teledienste sicherstellen, dass Auflagen eingehalten und die betreffenden Funktionalitäten zur Verfügung stehen. Ggf. müssen diese Bedingungen in die Systemausschreibung (z. B. für E-commerce Verfahrenslösung) aufgenommen werden.

### 3.3.2.4 Signaturgesetz (SigG)

Das Gesetz ist Grundlage für die so genannte elektronische Unterschrift.

Zweck des Gesetzes ist es, Rahmenbedingungen für digitale Signaturen zu schaffen, unter denen diese als sicher gelten und Fälschungen der Signaturen oder Verfälschungen der signierten Daten zuverlässig festgestellt werden können.

Um ein digitales Dokument verlässlich zu signieren, stehen dem Autor ein individuelles Schlüsselpaar zur Verfügung, das sich aus einem privaten und einem passgenauen öffentlichen Schlüssel zusammensetzt. Der private Schlüssel ist geheim und z. B. auf einer Chipkarte so gespeichert, dass er nicht ausgelesen werden kann. Mit dem öffentlichen Schlüssel gelingt es jederzeit, die Identität des Inhabers des Schlüssels und die Unverfälschtheit der Daten festzustellen. Die Zuteilung der Schlüsselpaare erfolgt durch eine Zertifizierungsstelle.

Für die Erzeugung und Speicherung von Signaturschlüssel sowie die Erzeugung und Prüfung digitaler Signaturen sind technische Komponenten mit Sicherheitsvorkehrungen erforderlich, die Fälschungen und Verfälschungen zuverlässig erkennbar machen. Auch für die Darstellung zu signierender Daten sind technische Komponenten mit Sicherungsvorkehrungen erforderlich, die vorher das Erzeugen einer Signaturen anzeigen und feststellen lassen, auf welche Daten sich die digitale Signatur bezieht.

Die digitale Signatur ist auch geeignet, um Verwendungswege der Daten beim Nutzer zu verfolgen und damit unerlaubte Mehrfachverwendung oder Kopien nachzuweisen.

**Fazit:** Die elektronische Unterschrift nach dem Standard des SigG sollte für die Abgabe von digitalen Auszügen aus dem ALKIS® implementiert werden, sofern der Aufwand dafür wirtschaftlich vertretbar ist und der Nutzer auf einem Zertifikat besteht, das die Amtlichkeit der abgegebenen Daten bestätigt.

**Beschluss 50/2 gemäß Nr. 6.6 GO-AdV  
Top 4 der 50. Tagung des Arbeitskreises Liegenschaftskataster**

**Terminologie eines zukunftsorientierten Liegenschaftskatasters**

Der Arbeitskreis Liegenschaftskatasters stimmt den in der Anlage beigefügten Definitionen für die Begriffswelt des zukunftsorientierten Liegenschaftskatasters zu.

**Begründung:**

Das Glossar erläutert wesentliche in den Aussagen für ein zukunftsorientiertes Liegenschaftskataster verwendete Begriffe. Zusammen mit Band 4 des FIG-Wörterbuches ergibt sich daraus die entsprechende Terminologie des Liegenschaftskatasters. Damit wird ein einheitlicher Sprachgebrauch innerhalb der Länder sowie gegenüber Dritten sichergestellt.

**Abstimmungsergebnis**

Zustimmung: 13

Gegenstimmen: Sachsen-Anhalt

Enthaltungen: Berlin



**Glossar**  
**zum**  
**Profil eines zukunftsorientierten Liegenschaftskatasters**

**Das Glossar erläutert wesentliche in den Aussagen für ein zukunftsorientiertes Liegenschaftskataster verwendete Begriffe. Zusammen mit Band 4 des FIG-Wörterbuches ergibt sich daraus die entsprechende Terminologie des Liegenschaftskatasters.**

**Abmarkung der Flurstücke**

Amtshandlung zur Kennzeichnung von Flurstücksgrenzen durch dauerhafte Grenzzeichen

**ALKIS = Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem**

**ALKIS-Bestandsdaten**

Alle Daten, die in ALKIS geführt werden.

**ALKIS-Fortführungsdaten**

Qualifizierte Daten für die Fortführung von ALKIS einschließlich der zur Führung erforderlichen operativen Daten

**Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem**

Digitales Informationssystem zum Nachweis von Liegenschaften - mit Angaben zum Eigentum, Hinweisen auf öffentlich-rechtliche Festlegungen sowie ergänzenden topographischen Angaben - und zur Bereitstellung der Informationen. Es ist Basis für raumbezogene Informationssysteme.

**Bestandteile des Liegenschaftskatasters**

Das Liegenschaftskataster besteht aus dem Amtlichen Liegenschaftskataster - Informationssystem ALKIS und den Liegenschaftskataster-Akten.

**ETRS89/UTM – Koordinaten**

Koordinaten auf der Grundlage des European Terrestrial Reference Systems 1989 (ETRS89) in der Universal Transversal Mercatorprojection (UTM) als Abbildungssystem

**Fertigungsaussage**

Dokumentierte Erklärung der Vermessungsstelle, dass die von ihr gefertigten Vermessungsschriften die geforderten Qualitätskriterien einhalten.

**Flurstück**

Eindeutig begrenzter Teil der Erdoberfläche, der durch das amtliche Vermessungswesen festgelegt und bezeichnet ist; es dient einer lückenlosen, am Grundeigentum ausgerichteten, landeseinheitlichen und allgemeinverbindlichen Einteilung von Grund und Boden für die unterschiedlichsten Nutzerbelange. Es ist Buchungseinheit des Liegenschaftskatasters.

**Fortführungsentscheidung**

Dokumentierte Entscheidung der Katasterbehörde, das Liegenschaftskataster fortzuführen.

**Gebäude**

Alle dauerhaft errichteten Bauwerke, deren Nachweis wegen ihrer Bedeutung als Liegenschaften erforderlich ist sowie dem Zweck der Basisinformation des Liegenschaftskatasters dient.

**Grenzbestimmung**

Oberbegriff für Grenzfeststellung und Grenzwiederherstellung

**Grenzermittlung**

Der Grenzfeststellung oder der Grenzwiederherstellung vorausgehende katasterrechtliche Sachverhaltsermittlung

**Grenzfeststellung**

Amtshandlung mit der Aussage, dass die betreffende Grenze fortan rechtsverbindlich im Liegenschaftskataster festgelegt ist.

### **Grenzfeststellungsvertrag**

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Festlegung der Flurstücksgrenze bei Ungewissheit über ihren Verlauf

### **Grenzwiederherstellung**

Amtshandlung mit der Aussage, dass eine festgestellte Grenze entsprechend dem Nachweis im Liegenschaftskataster richtig in die Örtlichkeit übertragen wurde.

### **Grunddatenbestand des Liegenschaftskatasters**

Der von allen Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland in ALKIS bundeseinheitlich zu führende Datenbestand des Liegenschaftskatasters

### **Liegenschaftsbeschreibung**

Textliche Informationen als Präsentationsausgabe aus ALKIS

### **Liegenschaftskarte**

Graphische Informationen als Präsentationsausgabe aus ALKIS

Sie ist in einer festgelegten Ausprägung graphischer Teil des amtlichen Verzeichnisses im Sinne des § 2 Abs. 2 Grundbuchordnung.

### **Liegenschaftskatasterakten**

Analoge und digitale Unterlagen des Liegenschaftskatasters, die neben ALKIS geführt, genutzt und archiviert werden. Sie enthalten als Urkunden im Sinne des Katasterrechts rechtserhebliche Entscheidungen, dienen der Fortführung von ALKIS und dokumentieren Tatsachenfeststellungen und Maßnahmen für das Liegenschaftskataster.

### **Nutzungsart**

Beschreibung der tatsächlichen Nutzung des Bodens.

### **Nutzerbezogene Bestandsdatenaktualisierung (NBA)**

Verfahren zur automationsgestützten Aktualisierung der in Fachdatenbanken anderer Stellen enthaltenen Geobasisinformationen mittels der normbasierten Austauschchnittstelle (NAS).

### **Öffentlich - rechtliche Festlegungen**

Auf den Grund und Boden bezogene Beschränkungen, Belastungen oder andere Eigenschaften, die öffentlich-rechtlich begründet sind.

### **Präsentationskoordinaten**

Koordinaten, die ausschließlich der graphischen Darstellung von Objekten des Liegenschaftskatasters dienen.

### **Standardausgaben**

Bundesweit einheitliche Ausgaben aus ALKIS. Sie werden in Form von ALKIS-Bestandsdatensätzen, als aufbereitete Bestandsdaten oder als Änderungsdaten nach der Fortführung des Liegenschaftskatasters erstellt.

### **Vermessungskordinaten**

Koordinaten der Punkte, deren Lage aufgrund amtlicher Vermessungen im Lagebezugssystem ermittelt worden sind.